

Zur Entwicklung friedensethischer Positionen in den evangelischen Kirchen der alten Bundesrepublik und der DDR

Von *Ulrich Frey*

1 Unmittelbare Nachkriegszeit

In der unmittelbaren Nachkriegszeit (1945 bis zur Spaltung Deutschlands 1949) ging es in den deutschen evangelischen Kirchen an erster Stelle um die Beseitigung der Trümmer des so genannten Dritten Reiches. Die evangelischen Kirchen hatten den Nationalsozialismus und seinen Einfluss durch die Deutschen Christen überlebt und suchten nun unter schwierigen politischen Umständen nach neuer innerlicher und organisatorischer Einheit. Die Frage nach dem Gewissen avancierte in der Auseinandersetzung mit Diktatur und Krieg zu dem zentralen Thema evangelischer Friedensethik nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Wille zum möglichst schnellen Wiederaufbau überlagerte aber die Diskussion um die friedensethischen und friedenspolitischen Folgen der Nazizeit.

Die Stuttgarter Schulderklärung vom 19. Oktober 1945 des Rates der EKD und das Darmstädter Wort vom 8. August 1947 des Bruderrates der Bekennenden Kirche fanden keine mehrheitliche Resonanz in den Kirchen und der Öffentlichkeit.

2 Der Kalte Krieg zwischen den Systemen Ost – West und die konventionelle und atomare Abschreckung

Die EKD blieb bis 1969 eine Klammer zwischen beiden deutschen Staaten. Die Kontroversen um die persönliche Kriegsdienstverweigerung, die Ablehnung einer atomaren Bewaffnung und die die Überwindung des Wettrüstens bestimmten die friedensethische und friedenspolitische Auseinandersetzung in den Kirchen. In der Bundesrepublik und in der DDR entwickelten sich entsprechend den politischen Systemen gegensätzliche friedensethische und friedenspolitische Profile.

Gegen eine Friedensforschung, die sich nur auf „Konfliktkontrolle und Konfliktschlichtung“ im Kalten Krieg konzentrierte, etablierte sich die „kritische Friedensforschung“ (Senghaas 1971: 9). Daran arbeitete auch die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) Heidelberg mit ihrem Projekt „Der Beitrag von Theologie und Kirche zum Frieden“ (Picht 1971: 33, 44, 50 ff). Die Heidelberger Minimierungsformel, wonach Frieden ein Prozess zur Verminderung von Gewalt, Not, Unfreiheit und Angst (Liedke 1982: 29-35) ist, bildete den theologischen Grundstock des späteren Leitbildes vom gerechten Frieden. Erstmals gewannen nach heutigem Sprachgebrauch zivilgesellschaftliche Gruppen in West- und Ostdeutschland durch die atom pazifistische Friedensbewegung Einfluss auf die Politik. Sie wollten die atomare „Nachrüstung“ im Westen mit Pershing-2- und Cruise-Missile-Raketen mit einer Einpunktkampagne verhindern. Mit dem Beschluss von 1972 der NATO und des Warschauer Paktes zur Vorbereitung der 1973 eröffneten Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) begann ein neuer Prozess der Entspannung in den internationalen Beziehungen mit drei „Körben“ (Korb I: Prinzipienendekalog, z.B. territoriale Integrität der Staaten, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Selbstbestimmung der Völker, Korb II: Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt, Sicherheit in Europa, Korb III: u.a. Grundsätze der Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen). Die KSZE trug zum Abbau der Spannung in Europa bei. Einzelne Staaten im Warschauer Pakt (zuerst Polen) emanzipierten sich von der

UdSSR und trugen zur Erosion des Paktes bei. Am Ende stand im Dezember 1991 die Auflösung der Sowjetunion.

Der gegenseitige konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung seit der Vollversammlung des ÖRK in Vancouver 1983 arbeitete die existenzielle Bedeutung der Gerechtigkeit (vorrangige Option für die Armen) und der Bewahrung der Schöpfung heraus. Er erwies sich als die Quelle, aus der sich die friedensethische und friedenspolitische Entwicklung von Kirchen und christlichen Friedensgruppen blockübergreifend in Ost und West gegen die Abschreckung speiste.

3 Friedensethische und friedenspolitische Auseinandersetzungen in den westdeutschen evangelischen Kirchen

Die Remilitarisierung der BRD im Zuge des Beitritts zur NATO 1955 provozierte eine heftige friedensethische und friedenspolitische Auseinandersetzung in den evangelischen Kirchen. Die Synode der EKD beschloss im April 1958 einen Text, der als „Ohnmachtsformel“ bekannt ist: „Die unter uns bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen sind tief. Sie reichen von der Überzeugung, dass schon die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist, bis zur Überzeugung, dass Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden kann“ (van Norden 2001: 63). Die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg führte die friedensethische Debatte zur atomaren Bewaffnung auf wissenschaftlicher Ebene weiter. Im Jahre 1959 veröffentlichte sie die so bezeichneten Heidelberger Thesen zur Frage gegensätzlicher Gewissensentscheidungen zur Existenz von Atomwaffen: Ist der Einsatz von atomaren Waffen vor dem Gewissen des Soldaten friedensethisch zu vertreten? Die Thesen wurden von einer unabhängigen wissenschaftlichen Kommission auf Anregung von Militärbischof Hermann Kunst erarbeitet und durch von Carl Friedrich von Weizsäcker formuliert. Die Heidelberger Thesen sind zwar nie förmlich von einer evangelischen Kirche beschlossen worden, etablierten sich aber als Kompromiss im deutschen Protestantismus. These VIII lautete: „Die Kirche muss auch die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen.“ (EKD 1982: 83; Huber/Reuter 1990: 169). Dies wird „als rasch vorübergehender Übergang“ qualifiziert.

Die erste Friedensdenkschrift der EKD „Frieden wahren, fördern und erneuern“ von 1981 weist die Richtung evangelischer Friedensethik so: „Frieden zu wahren, zu fördern und zu erneuern ist das Gebot, dem jede politische Verantwortung zu folgen hat. Diesem Friedensgebot sind alle politischen Aufgaben zugeordnet. In der Zielrichtung christlicher Ethik liegt nur der Frieden, nicht der Krieg.“ (EKD 1982: 48). Die EKD lehnte dabei die von Max Weber aufgestellte Unterscheidung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik ab. Denn beide würden sich gegenseitig fordern. Nur im Gewissen erhalte Verantwortung ihren Grund und ihre Grenze, und nur in der Übernahme der Verantwortung würde das Gewissen konkret. Die Denkschrift forderte, den „Vorrang einer umfassenden politischen Sicherung des Friedens vor der militärischen Rüstung wiederzugewinnen.“ „Näherungslösungen“ in Richtung auf ein Konzept blockübergreifender und umfassender Kooperation sowie die Entwicklung eines typisch defensiven Verteidigungskonzeptes seien nötig. Die Denkschrift erneuerte jedoch die VIII. Heidelberger These von 1959. Danach kann der Dienst in der Bundeswehr ein Ergebnis der eigenen Gewissensprüfung sein. Die Denkschrift spricht sich nicht für den Vorrang der Kriegsdienstverweigerung aus.

Die Erklärung des Moderamens¹ des Reformierten Bundes von 1982 „Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche“ (Moderamen 1982) setzte nicht wie die Heidelberger Thesen von 1959 bei der Komplementarität unterschiedlicher Wege und der individuellen Gewissensentscheidung, sondern bei der theologischen Frage an, ob die atomare Bewaffnung mit dem Bekenntnis des Glaubens vereinbar sei. Der reformierte Bund verneinte das. Nach Ansicht des Moderamens geht die theologische Frage den ethischen Fragen der Beurteilung voraus. Die atomare Rüstung mache die Überlebensfrage zur Glaubensfrage. Das reformierte Leitungsgremium sah dies als einen Fall des Bekenntnisses, also als einen *status confessionis*² an. Durch die atomare Rüstung sei eine Situation ohne Ermessensspielraum für andere Entscheidungen und von Bedeutung für die Kirchengemeinschaft entstanden. Die dahinter stehende pazifistische Position („Nuklearpazifismus“) war nicht im Sinne eines grundsätzlichen Pazifismus gemeint.

Im Verlauf der hochstreitigen Auseinandersetzung zum *status confessionis*² sagte der Moderator des Reformierten Bundes, Hans-Joachim Kraus, bei der Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum „Der *status confessionis* und die Einheit der Kirche“ im Januar 1983, die Erklärung des Moderamens sei „kein Bekenntnis im klassischen Sinn, sondern wirklich eine Erklärung, allerdings eine solche Erklärung, die die Unvereinbarkeit der Androhung und Aufhäufung von Massenvernichtungsmitteln mit dem Bekenntnis des Glaubens als unabweisbar und dringlich herausstellt, die also im Hinweis auf das christliche Bekenntnis des Glaubens – bekennt.“ Er sei „bereit, den von Wolfgang Huber eingeführten Begriff des *processus confessionis* ... zu verwenden, und zwar in dem Sinne eines Prozesses wachsender Einsicht in die unbedingte Notwendigkeit und Dringlichkeit des Bekennens, auch in Einsicht der ... Unvereinbarkeit ... atomarer Massenvernichtungsmittel mit dem christlichen Bekenntnis des Glaubens an Gott den Schöpfer und Versöhner.“ (Kraus 1983: 24 ff, 27). Die Kampagne der christlichen Gruppen in der Friedensbewegung „Umkehr zum Leben – Die Zeit ist reif für ein Nein ohne jedes Ja zu den Massenvernichtungswaffen“, die den Deutschen Evangelischen Kirchentag 1983 in Hannover mit ihren Halstüchern violett färbte, folgte in ihrer Begründung dem reformierten Moderamen (Deile 1983: 18).

4 Friedensethische- und friedenspolitische Auseinandersetzungen in der DDR

Die politischen Koordinaten des Staates DDR waren antiimperialistisch und antikapitalistisch (Streußhoff et al. 1988) festgelegt. Das SPD:SED-Papier von 1987 der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Grundwertekommission der SPD zum Thema: „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ erläuterte dazu: „Für Marxisten-Leninisten ist Demokratie als Form der Machtausübung in ihrem Wesen durch die Eigentumsverhältnisse an den entscheidenden Produktionsmitteln und damit verbundene politischen Macht geprägt. Daher ist sie für die Überführung der wichtigen Produktionsmittel in Gemeineigentum und die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Werktätigen das Fundament umfassender demokratischer Rechte. Sie verstehen Demokratie vor allem als die reale Mitwirkung der Werktätigen an der Leitung und Gestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft und die Kontrolle darüber.“ (Brinkel/Rodejohann 1988: 15). Die SED-Zeitung „Neues Deutschland“ kommentierte das Papier nach der vollständigen Veröffentlichung am 28. August 1987: „In dem Dokument wird festgestellt: Es gibt keine ideologische Koexistenz. Keine Konvergenz der Systeme.“

¹ Das Moderamen ist das von der Synode des Reformierten Bundes gewählte Vorstandsgremium.

² Der *status* (oder *casus*) *confessionis* ist ein theologischer Begriff. Er markiert den Fall des Bekenntnisses des Glaubens. Er enthält drei Elemente: a) Der Anlass des *status confessionis* muss theologische Grundartikel, also die „Substanz des Glaubens“ tangieren. b) Er bezeichnet „ethisch eine Situation, in der der für Christen normalerweise gegebene Ermessensspielraum für das sittlich erlaubte Handeln außer Kraft gesetzt ist“. c) Er wirft (eklesiologisch) die Frage der Kirchengemeinschaft gemäß der theologischen Lehre von der christlichen Kirche auf (Huber/Reuter 1990: 182).

me. Die Gegensätze werden klar formuliert. So wird der Streit andauern über Begriff und Wirklichkeit der Demokratie, der Menschenrechte, der Machtverhältnisse, der sozialökonomischen Grundlagen, das Verhältnis von wissenschaftlich-technischem und sozialem Fortschritt... Indes hat unsere Partei wiederholt ihren Willen bekundet, die ideologische Auseinandersetzung in zivilisierten Formen zu führen. Das Wichtigste ist, dass ideologische Gegensätze nicht auf die staatliche Ebene übertragen werden, dass sie nicht auf die internationalen Beziehungen durchschlagen.“ (Brinkel/Rodejohann 1988: 31)³

4.1 Die Eigenständigkeit der DDR-Kirchen in Friedensfragen

Die Kirchen in der DDR haben sich immer dagegen gewehrt, ihre Arbeit nach den in der Bundesrepublik geläufigen Kategorien als „Friedensbewegung in der DDR“ vereinnahmen zu lassen. Die kirchlichen Friedenskräfte in der DDR wollten vielmehr als eigenständig respektiert werden. Sie konnten nach den ganz anderen Rahmenbedingungen der DDR nur innerstaatlich und nach außen auch nur begrenzt tätig werden. Das schließt die Gleichheit von Positionen einzelner Initiativen diesseits und jenseits der Grenzen und Kooperationen über die Grenzen nicht aus, soweit die Gemeinsamkeiten und praktischen Möglichkeiten reichten. Die intensive Interaktion zu Friedensfragen der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK), der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF) und der Gustav-Heinemann-Initiative ist ein fruchtbares Beispiel dafür. Davon zeugen z.B. Publikationen zu Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa sowie zum Konzept des Gradualismus, die in der Studienabteilung erarbeitet und für die BRD von der ASF veröffentlicht wurden (Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste 1983; Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste 1984). Freiwillige der ASF nahmen – vermittelt durch ihre Schwesterorganisation Aktion Sühnezeichen (ASZ) in der DDR – an gemeindlichen Veranstaltungen der Friedensdekaden teil. Joachim Garstecki, Referent für Friedensfragen in der Theologischen Studienabteilung des BEK, begründete die „Eigenständigkeit“ der kirchlichen Friedensarbeit so: „Die in den Äußerungen des DDR-Kirchenbundes und der Landeskirchen häufig anzutreffende Betonung der Eigenständigkeit der Kirchen in der Friedenfrage entsprang nicht irgendeiner Hybris, sondern der Freiheit ihres christlichen Glaubens. Kirchliches Eintreten für den Frieden musste grundsätzlich frei sein und frei bleiben von politischer Inanspruchnahme durch den Staat, weil es allein dem ‚Evangelium des Friedens‘ (Eph 6,15) verpflichtet war. Es ging um Friedenszeugnis und Friedensdienst der Kirchen und Christen unter den gesellschaftlichen und politischen Bedingungen der DDR und nicht um ein beliebiges politisches Engagement.“ (Garstecki 2011: 361; Deile 1982: 54 ff). Der Erfurter Propst Falcke sagte in seiner Ansprache bei der Demonstration am 22. Oktober 1983 in Bonn zu den westdeutschen Teilnehmenden: „Viele Christen erleben heute, dass der Friede, den Christus gebracht und verkündet hat, immer stärker, unwiderstehlicher und direkter zu uns spricht. Er verbündet sich heute mit der friedenspolitischen Vernunft der Einsichtigen und führt uns Christen in die Zusammenarbeit mit Nichtchristen am Frieden. Für uns Christen in der DDR kommt es darauf an, dass wir uns dabei vom Frieden Christi leiten und uns in unserer Friedensarbeit von niemandem zur politischen Waffe gegen irgendjemand machen lassen.“ (Falcke 1983: 2).

Die friedensethischen Wege der Kirchen in der BRD und der DDR trennten sich ab 1962, als dort die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde. Die Kirchen in der DDR kamen zu dem Ergebnis, dass die nach den Heidelberger Thesen von 1959 möglichen Handlungsweisen – Waffendienst oder Waffenverzicht – nicht auf die Situation der jungen Männer in der DDR zuträfen. Viele von

³ Joachim Garstecki schreibt zum veränderten Verständnis der „friedlichen Koexistenz“: „Im Zuge solchen Umdenkens bekommt auch das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung einen neuen Inhalt. Wurde es bisher vorwiegend als ideologische Form des Klassenkampfes interpretiert, so wird es jetzt zur Rahmenbedingung eines kooperativen Friedens zwischen den beiden Welt-systemen.“ (Garstecki 2013: 185).

ihnen verweigerten den Dienst in der Nationalen Volksarmee (NVA) in der Form des waffenlosen Bausoldatendienstes oder verweigerten auch diesen. Die Kirchen setzten sich für einen zivilen Ersatzdienst ein. Schließlich richtete die Regierung der DDR 1964 für Wehrpflichtige, „die aus religiösen Anschauungen oder aus ähnlichen Gründen den Wehrdienst mit der Waffe ablehnen“, mit der „Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufstellung von Baueinheiten im Bereich des Ministeriums für Nationale Verteidigung“⁴ einen waffenlosen Dienst innerhalb der NVA ein. Das war nicht der zivile Ersatzdienst, wie er in der BRD eingeführt worden war (Garstecki 2011: 364). Als Reaktion auf die Anordnung gaben die Kirchenleitungen im November 1964 die Orientierungshilfe „Zum Friedensdienst der Kirche: Eine Handreichung für Seelsorge an Wehrpflichtigen“ an die evangelische Pfarrerschaft in der DDR heraus. Die Orientierungshilfe erklärt, die Verweigerung des Waffendienstes durch junge Christen in Gestalt des Bausoldatendienstes oder der Totalverweigerung sei „ein deutlicheres Zeugnis des gegenwärtigen Friedensgebotes unseres Herrn. Aus ihrem Tun redet die Freiheit des Christen von den politischen Zwängen. Es bezeugt den wirklichen und wirksamen Friedensbund Gottes mitten unter uns.“ (Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste 1982: 244).

Das bedeutete einen Bruch mit den Heidelberger Thesen, die in These VII lediglich sagt: „Die Kirche muss den Waffenverzicht als eine christliche Handlungsweise anerkennen.“ In der DDR dagegen galt der Waffenverzicht als das „deutlichere Zeugnis“ (Garstecki 2013: 23 ff). Das „deutlichere Zeugnis“ prägte auch die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in der DDR für die nächsten 25 Jahre „als friedensethische Messlatte, an der alle friedenspolitisch relevanten Vorgänge, Positionen und Äußerungen des BEK und seiner Gliedkirchen gemessen wurden.“ (Garstecki 2013: 26).

Die Linie der eigenständigen Entwicklung standen die Kirchen und Christen in der DDR „zwischen Anpassung und Verweigerung“ (Demke/Falkenau/Zeddies) bis zur Wahl der Volkskammer am 18. März 1990 durch. Truppen des Warschauer Paktes schlugen im August 1968 den Prager „Frühling“ für einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ unter Alexander Dubček nieder. Das hatte auch einen Bruch in der Christlichen Friedenskonferenz in der Bundesrepublik und in der DDR zur Folge (Casalis 1971). Einheiten der NVA kamen dabei nicht zum Einsatz. Unter anderem, weil der Bau der Mauer 1961 die Arbeit der EKD-Gremien sehr erschwert hatte und in der neuen Verfassung der DDR von 1968 über die Grenzen der DDR hinaus gehende Institutionen für illegal erklärt worden waren, also auch die EKD, ließ sich die enge Verbindung der acht DDR-Landeskirchen zur EKD nicht mehr halten. Sie gründeten deshalb 1969 den „Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR“ (BEK).

Der BEK musste seine Position in der Situation einer Minderheit neu bestimmen. Dazu hielt der Erfurter Propst Falcke bei der Dresdener Synode 1972 den Hauptvortrag unter dem Titel „Christus befreit – darum Kirche für andere“. Drei Themen handelte er darin ab: „Die Befreiung des Menschen durch Christus“, „Die Befreiung der Kirche zum Dienst“, „Die Kirche im Dienst der Befreiung“. Daraus abgeleitet, konkretisierte er die Position der Kirche: „Weder von Sozialisten noch von Antikommunisten können wir es uns nehmen lassen, unsere Gesellschaft im Licht der Christusverheißung zu verstehen. So werden wir frei von der Fixierung auf ein Selbstverständnis des Sozialismus, das nur noch ein pauschales Ja oder ein ebenso pauschales Nein zulässt. Christus befreit aus der lähmenden Alternative zwischen prinzipieller Antistellung und unkritischem Sichvereinnahmenlassen zu konkret unterscheidender Mitarbeit.“ „Der Sozialismus ist angetreten mit dem Protest und Kampf gegen das Elend des Menschen unter knechtenden Verhältnissen und mit dem Anspruch, alle Selbstentfremdung und Knechtschaft abzuschaffen und das

⁴ Die Zahl derer, die sich gegen den Waffendienst bzw. gegen jeglichen Dienst in der NVA entschieden haben, wird auf 30.000 Personen geschätzt (Koch/Eschler 1984: 18)

Reich der Freiheit zu bringen. Kreuz und Auferstehung Christi machen uns kritisch gegen diesen übersteigerten Anspruch. Aber gerade der befreiende Christus, seine Solidarität mit den Leidenden, seine Verheißung der Freiheit nötigt uns, den sozialistischen Protest gegen das Elend der Menschen aufzunehmen und mitzuarbeiten an der Aufgabe, unmenschliche Verhältnisse zu wandeln, bessere Gerechtigkeit und Freiheit zu verwirklichen. So werden sich Christen überall engagieren, wo es gilt, die sozialistische Gesellschaft als gerechtere Form des Zusammenlebens aufzubauen und in ihren Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen dem Menschen zu dienen.“ „Diese Verheißung (des befreienden Christus – der Verf.) trägt gerade auch da, wo die sozialistische Gesellschaft enttäuscht und das sozialistische Ziel entstellt oder unkenntlich macht.“ „Eben weil wir dem Sozialismus das Reich der Freiheit nicht abfordern müssen, treiben uns solche Erfahrungen nicht in die billige Totalkritik, die Ideal und Wirklichkeit des Sozialismus vergleicht und sich zynisch distanziert. Unter der Verheißung Christi werden wir unsere Gesellschaft nicht loslassen mit der engagierten Hoffnung eines verbesserlichen Sozialismus.“ (Falcke 1994: 14 ff, 27 f).⁵

Den Inhalt dieses Vortrages, „den sie zunächst mit großer Zustimmung aufgenommen hatte“, machte sich die Synode auf Druck der Staatsorgane nicht zu Eigen. Die untergründige und auch offene Verbreitung des Textes in der Kirche wurde nach Falcke dadurch aber nicht verhindert (Falcke 2013: 39 f).

Die Spannungen zwischen dem Staat DDR und den evangelischen Kirchen in der DDR waren der Grund für schwierige Verhandlungen zwischen Staat und Kirche. Sie gipfelten in einem Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Staatrates der DDR, Erich Honecker, und dem Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen des BEK, Bischof Albrecht Schönherr, am 6. März 1978. Um den „verbesserlichen Sozialismus“ und die Mitwirkung der Kirche über die Gottesdienste und die Seelsorge hinaus, besonders in Friedensfragen, ging es u.a. 1978 bei dem Widerspruch der Kirchen gegen die Einführung eines obligatorischen Wehrunterrichtes an Schulen, bei dem Druck und dem öffentlichen Tragen des Vlieseline-Aufnehmers „Schwerter zu Pflugscharen“ (Micha 3,4) aus Anlass der ökumenischen Friedensdekade ab 1980, bei der Initiative Sozialer Friedensdienst 1981 und bei dem Leitfaden zur seelsorgerlichen Beratung in Fragen des Wehrdienstes und der Wehrerziehung 1982.

Im selben Jahre formulierte der BEK bei seiner Bundessynode in Halle/Saale erstmals die „Absage an Geist und Logik der Abschreckung“ in der Auseinandersetzung um Massenvernichtungsmittel, also auch um die Atomwaffen. Garstecki kommentiert den Beschluss grundsätzlich: „Diese ‚Absage‘ stellt den Beginn einer intensiven theologischen, friedensethischen und politischen Auseinandersetzung der DDR-Kirchen mit dem in West und Ost in gleicher Weise geltenden System der militärischen Abschreckung mit Massenvernichtungsmitteln dar. Mit ihrer Jahr für Jahr erneuerten Abschreckungskritik waren die Kirchen zum Kern der prekären Sicherheitslogik des Ost-Westkonfliktes vorgedrungen. Obwohl in beide Richtungen, nach Ost und West, formuliert, richtete sich diese Kritik erkennbar an die eigene Seite und ihren Anteil am Abschreckungsmechanismus.“ (Garstecki 2011: 371 f). Diese Position stimmte mit der der Ökumene, Partnerkirchen im Westen und der westdeutschen Friedensbewegung überein, besonders in ihrem christlichen Teil. Die DDR-Kirchen begründeten aber nicht nur eine „Absage“, sondern führten mit dem Gedanken der „Gemeinsamen Sicherheit“ bzw. „Sicherheitspartnerschaft“ auch ein „sicherheitspolitisches Konzept“ ein, „das nicht nur die Interessen der eigenen Seite, sondern in ihnen auch die Interessen des Gegners berücksichtigt“ und „damit beide sicherer macht: Sicherheit als Sum-

⁵ Falcke wollte mit der Formulierung „verbesserlicher Sozialismus“ die undeutliche Formulierung „Kirche im Sozialismus“ näher bestimmen. Bischof Albrecht Schönherr hatte 1971 bei der Synode der BEK gesagt: „Wir wollen Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus sein.“ Die Formel „Kirche im Sozialismus“ wurde innerhalb und außerhalb der BEK weiterhin benutzt, aber wegen ihrer Mehrdeutigkeit auch kritisiert (Brown 2010: 319).

me gemeinsamer Anstrengungen beider Kontrahenten.“ „Offiziell wurde das Konzept der ‚Gemeinsamen Sicherheit‘ in der DDR totgeschwiegen.“ Nur die evangelischen Kirchen propagierten es (Garstecki 2011, 371).

Der Olof-Palme-Friedensmarsch durch das Staatsgebiet der DDR und in der ČSSR vom 1. bis 18. bzw. 19. September 1987, veranstaltet vom Friedensrat der DDR, bot erstmals auch den Kirchen und Gruppen die Möglichkeit, für den Gedanken der „gemeinsamen Sicherheit“ im Sinne von Palme öffentlich zu demonstrieren. Bischof Werner Krusche bezeichnete diesen Marsch als einen Teil des „Lernweges“ der Kirchen zur Gewinnung und Erhaltung einer eigenständigen Friedensposition nach dem Staat-Kirche-Gespräch am 6. März 1978: „Der Höhepunkt dieses ganzen schwierigen Lernprozesses war der Olof-Palme-Friedensmarsch im Herbst 1987, an dem sich auf Initiative des Bundes viele Christen aus unserem Land beteiligten. Marxisten und Christen auf einem gemeinsamen Weg – die einen mit Zeichen und Parolen, die Christen mit dem Kreuz und ihren Symbolen – einschließlich ‚Schwerter zu Pflugscharen‘ – und mit ihren eigenen Losungen. In den Ortschaften begrüßt vom Bürgermeister und dem Ortspfarrer, die einen sich sammelnd in der Kirche zum Gebet, die anderen im Freien singend und spielend. Die kirchlichen Teilnehmer sprachen begeistert von einer ganz neuen Erfahrung, die sie auf dem Weg gemacht hätten. Es ging keineswegs in spannungsloser Harmonie zu, aber man sprach unterwegs miteinander, es gab Nachdenklichkeit bis hin zur Bereitschaft, eine der Losungen zurückzunehmen, weil sie für die marxistischen Teilnehmer besonders beschwerlich war.“ (Krusche 33 ff, 45). Das „Neue Deutschland“ hatte den Marsch bereits im Frühjahr 1987 angekündigt. Er fand zeitgleich mit dem Besuch von Honecker in der BRD vom 7. bis 11. September 1987 statt, hatte also auch einen politischen Sinn.

Die logische Folge der Kritik an der Abschreckung und dem Agieren in Richtung einer „gemeinsamen Sicherheit“ war die erstmalige Forderung der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR in Dresden (1988) Magdeburg (1988) und Dresden (1989) (Brown 2010) in der theologischen Grundlegung ihrer Abschlusserklärung, eine „Lehre vom gerechten Frieden“ anstelle der Lehre vom gerechten Krieg zu entwickeln: „Mit der notwendigen Überwindung der Institution des Krieges kommt auch die Lehre vom gerechten Krieg, durch welche die Kirchen den Krieg zu humanisieren hofften, an ein Ende. Daher muss schon jetzt eine Lehre vom gerechten Frieden entwickelt werden, die zugleich theologisch begründet und dialogoffen auf allgemeine menschliche Werte bezogen ist. Dies im Dialog mit Andersgläubigen und Nichtgläubigen zu erarbeiten, ist eine langfristige ökumenische Aufgabe der Kirchen.“ (Kirchenamt der EKD 1991: 32 f).

Als Fazit ihres Weges in der DDR resümierte die Synode des BEK am 25. Februar 1990 in Berlin: „Wir bejahen die wachsende gemeinsame Verantwortung der evangelischen Kirchen in beiden deutschen Staaten, die sich aus unserer Geschichte und den Aufgaben ergibt, die vor uns liegen. Wir wollen uns dabei leiten lassen von den in der Ökumenischen Versammlung erarbeiteten und formulierten vorrangigen Optionen für die Armen in der Welt, für Gewaltlosigkeit in allen Konflikten und für die Bewahrung der bedrohten Schöpfung. ... Zugleich wollen wir die spezifischen Erfahrungen, Erkenntnisse und Überzeugungen, die wir in der jeweils verschiedenen Geschichte gesammelt haben, sorgfältig sichten. So haben die Kirchen in der DDR als Minderheitskirchen im Gegenüber zum Staat politische Verantwortung aus dem Glauben heraus wahrgenommen. Sie haben dabei die Bedeutung von sozial-ethisch engagierten Gruppen erfahren und sind von der politischen Wirksamkeit dieses Zeugnisses selbst überrascht worden. Was die Kirche in der Friedensfrage bekannt hat, wurde plötzlich politikfähig. Andererseits werden wir von den Kirchen in der Bundesrepublik lernen können, wie sich die soziale und politische Verantwortung der Christen in einer pluralistischen Gesellschaft gestaltet.“ (Synode der BEK 1994: 125).

4.2 Zur Bedeutung der Friedensgruppen

Bedeutsam für die Entwicklungen in der DDR und in den dortigen Kirchen war auch, dass sich trotz des Monopolanspruchs der SED für Friedensfragen außerhalb der Kirchen und unter ihrem Dach Friedens-, Menschenrechts-, Umwelt-, Dritte-Welt-, Frauen- und Gruppen von Ausreisewilligen bildeten (Poppe et al. 1995). Ein Bericht der Zentralen Informations- und Auswertungsgruppe des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) an Honecker, Egon Krenz und Kurt Hager vom 1. Juni 1989 bewertete Gruppierungen und Gruppen wie folgt: „Seit Beginn der 1980er Jahre anhaltende Sammlungs- und Formierungsbestrebungen solcher Personen, die sich die Aufweichung, Zersetzung und politische Destabilisierung bis hin zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR zum Ziel setzen, führten zur Bildung entsprechender Gruppierungen und Gruppen. Diese sind fast ausschließlich in Strukturen der evangelischen Kirchen in der DDR eingebunden bzw. können für ihre Aktivitäten die materiellen und technischen Möglichkeiten dieser Kirchen umfassend nutzen.“ „Kernpunkte ihrer Forderungen sind die Aufhebung der politischen Macht der Arbeiterklasse und der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei.“ „Erforderlich für eine ‚Erneuerung des Sozialismus‘ sei u.a. die Aufgabe des ‚Wahrheitsmonopols der SED, ... die Schaffung einer ‚pluralistischen demokratischen und dezentralisierten Organisation des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens‘, die Praktizierung der Dialogbereitschaft der DDR auch in der Innenpolitik mit ‚unabhängigen Gruppen‘ und ‚Andersdenkenden‘. Die Führungskräfte sind bemüht, ... die verfassungsrechtlich verankerten Rechte der evangelischen Kirchen für ihre Zwecke auszunutzen.“ „Von zahlreichen kirchlichen Amtsträgern werden Entscheidungen des Wirkens dieser Kräfte verharmlost und heruntergespielt, inkonsequentes und taktierendes Verhalten besonders gegen Führungskräfte praktiziert und das Wirken solcher Zusammenschlüsse im kirchlichen Raum auch künftig gewährleistet.“ (Mitter/Wolle 1990: 46 ff; Deutscher Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes 2013: 94 f)

Einer der Aktiven auf kirchlicher Seite, Eberhard Bürger, bewertet die Gruppen konträr: „Wo sie durch staatlichen Druck in Bedrängnis gerieten, suchten sie oft das Dach der Kirche als Schutzraum auf. So musste die Kirche sich immer wieder damit befassen, welche Beziehung sie zu den Gruppen leben wollte und konnte und sah darin eines ihrer wichtigsten Lernfelder. Kirche hat für Freiräume gesorgt, in denen die Probleme angstfrei diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht werden konnten, in denen keine vorgefertigten Antworten gegeben wurden, sondern im Hören auf die Stimme Christi miteinander nach gangbaren Wegen gesucht werden sollte.“ Bürger berichtet vom Tod des Matthias Domaschk am 12. April 1981 in einer Zelle des Stasigefängnisses in Jena. Domaschk war wegen des Verdachts der Mitarbeit in terroristischen Kreisen verhaftet worden, weil er Kontakt zu Gewerkschaftern der „Solidarność“ in Gdańsk hatte (Deutscher Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes 2013: 89 f).⁶ Menschen, die einen Antrag auf Ausreise in die BRD oder nach Berlin-West stellen wollten, wurden in der Regel auf ihr „gesetzeswidriges Verhalten“ hingewiesen und vom Genehmigungsverfahren zur Ausreise ausgeschlossen. Sie hatten zusätzlich schwere Nachteile zu gewärtigen (Eisenfeld 1995: 192 ff).

4.3 Einfluss auf das Leitbild des „gerechten Friedens“

Ökumenisch fließen die friedensethischen und friedenspolitischen Erfahrungen von Kirchen und Friedensgruppen in das Leitbild des gerechten Friedens ein, der seine Wurzeln im konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und vornehmlich in der schon genannten Ökumenischen Versammlung Dresden – Magdeburg – Dresden aller Kirchen in der

⁶ Ebenfalls positiv zur „Durchlässigkeit zwischen institutionell verantworteter kirchlicher Friedensarbeit und offenen Basisaktivitäten“ und wegen des „maßgeblichen Beitrages zur Gewaltfreiheit der Friedlichen Revolution im Herbst 1989“ siehe Garstecki 2013: 31 f und Brown 2010: 311 ff.

DDR hat. Der konziliare Prozess wurde vom ÖRK 1983 in Vancouver ausgerufen. Die evangelischen Kirchen in der DDR hatten ihn wesentlich mitgestaltet. Im „Aufruf zum gerechten Frieden“ (Raiser/Schmitthenner 2013: 9, 30) heißt es in Nr. 11: „Im Bewusstsein der Grenzen von Sprache und Verstehen schlagen wir vor, gerechten Frieden als einen kollektiven und dynamischen, doch zugleich fest verankerten Prozess zu verstehen, der darauf ausgerichtet ist, dass Menschen frei von Angst und Not leben können, dass sie Feindschaft, Diskriminierung und Unterdrückung überwinden und die Voraussetzungen schaffen können für gerechte Beziehungen, die den Erfahrungen der am stärksten Gefährdeten Vorrang einräumen und die Integrität der Schöpfung achten.“ (Raiser/Schmitthenner 2013: 9) Nr. 26 des Begleitdokumentes – „Vision des gerechten Friedens“ – lautet: „Gerechter Friede versteht sich ganzheitlich. Er ist nicht nur die Abwesenheit von Konflikten und Krieg, sondern ein Zustand des Wohlergehens und der Harmonie, in dem alle Beziehungen zwischen Gott, der Menschheit und der Schöpfung in guter Weise geordnet sind. Gerechter Friede ist mit der Herrschaft Gottes verbunden, um die wir bitten, wenn wir beten , Dein Reich komme ... wie im Himmel, so auf Erden““. (Raiser/Schmitthenner 2013: 30).

Ulrich Frey, Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) 1972 – 2000, publiziert zu Friedensethik und Friedenspolitik, Kontakt: ulrich.frey@web.de

Literatur

- *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hg.)* 1982: Christen im Streit um den Frieden. Beiträge zu einer neuen Friedensethik. Positionen und Dokumente. Zusammenstellung und Bearbeitung: Wolfgang Brinkel, Burkhardt Scheffler, Martin Wächter. Freiburg i.Br.: Dreisam.
- *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hg.)* 1983: Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa. Aufgaben der deutschen Staaten. Verantwortung der deutschen Kirchen, 2. Aufl., Berlin (West).
- *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hg.)* 1984: Möglichkeit und Unmöglichkeit einseitiger Abrüstung. Zum Konzept des Gradualismus. Ein Text der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, 1. Aufl. Berlin (West).
- *Brown, Stephen* 2010: Von der Unzufriedenheit zum Widerspruch. Der Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung als Wegbereiter der friedlichen Revolution in der DDR, Frankfurt a.M.: Lembeck.
- *Brinkel, Wolfgang/Rodejohann Jo (Hg.)* 1988: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste. Das SPD:SED-Papier. Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. Freiburg i.Br.: Dreisam.
- *Casalis, George (Hg.)* 1971: Christliche Friedenkonferenz 1968-1971. Dokumente und Berichte. Wuppertal: Jugenddienst-Verlag.
- *Deile, Volkmar* 1982: Friedensaktivitäten in der DDR. In: *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hg.)* Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik. Aktionshandbuch 3 zur bundesweiten Friedenswoche „Frieden schaffen ohne Waffen“, 1. Aufl. Göttingen: Lamuv, 54 – 57.
- *Deile, Volkmar* 1983: Problemhorizont und Entscheidungsdruck: Frieden. In: Hans May (Hg.). Der status confessionis und die Einheit der Kirche, Tagung vom 13. bis 16. Januar 1983. In: Loccumer Protokolle. Loccum, Nr. 1/1983, 18 – 23.
- *Demke, Christoph/Falkenau Manfred/Zeddies, Helmut (Hg.)* 1994: Zwischen Anpassung und Verweigerung. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt.

- *Deutscher Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes (Hg.)* 2013. Eberhard Bürger. Kirche des Friedens werden – Aufbrüche im Bereich der ehemaligen DDR. Eine persönliche Studie als Beitrag zum 25. Jahr der Friedlichen Revolution im Jahre 2014. Buch: Druckerei Knotenpunkt.
- *EKD* 1982: Frieden wahren, fördern und erneuern. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland. Gütersloher Verlagshaus.
- *Eisenfeld, Bernd* 1995: Die Ausreisegenehmigung – eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens. In: Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hg.) 1995: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin: Ch. Links Verlag, 192 – 223.
- *Falcke Heino* 1983, Ansprache bei der Demonstration am 22. Oktober 1983 in Bonn, unveröffentlichtes Manuskript, S. 2.
- *Falcke Heino* 1994: Christus befreit – darum Kirche für andere. Hauptvortrag bei der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Dresden vom 30. Juni bis 4. Juli 1972. In: Demke, Christoph/ Falkenau Manfred/Zeddies, Helmut (Hg.) 1994: Zwischen Anpassung und Verweigerung. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt, 14 – 33.
- *Falcke, Heino* 2013: Deutscher Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes (Hg.). Eberhard Bürger. Kirche des Friedens werden – Aufbrüche im Bereich der ehemaligen DDR. Eine persönliche Studie als Beitrag zum 25. Jahr der Friedlichen Revolution im Jahre 2014, Buch: Druckerei Knotenpunkt.
- *Garstecki, Joachim* 2011: Die Friedensarbeit der Kirchen in der DDR und die friedliche Revolution. In: Evangelische Theologie, Gütersloh, Heft 5 (Oktober)/2011, 357 – 375, 361.
- *Garstecki, Joachim* 2013: Gewaltfreiheit politisch denken. Anstöße zur Friedensdebatte in Ost und West 1981 – 1982, Münster: LIT.
- *Huber, Wolfgang/ Reuter Hans-Richard* 1990: Friedensethik. Stuttgart: Kohlhammer.
- *Kirchenamt der EKD (Hg.)* 1991: Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung Dresden – Magdeburg – Dresden. EKD-Texte, Nr. 38, Hannover.
- *Koch, Uwe/Eschler, Stephan* 1994: Zähne hoch, Kopf zusammenbeißen. Dokumente zur Wehrdienstverweigerung in der DDR 1962-1990, Kückenshagen: Scheunenverlag.
- *Kraus, Hans-Joachim* 1983: Herausforderungen durch die Situation und Glaubensgehorsam (Die Friedensfrage als Bekenntnisfrage). In: May, Hans (Hg.), Der status confessionis und die Einheit der Kirche, Tagung vom 13. bis 16. Januar 1983. In: Loccumer Protokolle, Loccum, Nr. 1/1983, 24 – 31, 27 f.
- *Krusche, Werner:* 6. März 1978 – 1988 – ein Lernweg. In: Demke, Christoph/ Falkenau Manfred/Zeddies, Helmut (Hg.) 1994: Zwischen Anpassung und Verweigerung. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt, 33 – 60, 45.
- *Liedke, Gerhard* 1982: Das christliche Verständnis von Frieden. In: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hg.): Christen im Streit um den Frieden. Beiträge zu einer neuen Friedensethik. Freiburg i. Br.: Dreisam, 29-35.
- *Mitter, Armin/ Wolle, Stefan (Hg.)* 1990: Ich liebe Euch doch alle! Befehle und Lageberichte des Ministeriums für Staatssicherheit. Januar – November 1989. Berlin: Basisdruck.
- *Moderamen des Reformierten Bundes* 1982: Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche. Eine Erklärung des Moderamens des Reformierten Bundes. Gütersloher Verlagshaus.

- *Norden, Günther van* 2001: Martin Niemöller im Kalten Krieg. In: Düringer, Herrmann/Stöhr, Martin (Hg.). Martin Niemöller im Kalten Krieg. Die Arbeit für Frieden und Gerechtigkeit damals und heute. Frankfurt a.M.: Haag + Herchen.
- *Picht, Georg* 1971: Was heißt Friedensforschung? In: Picht, Georg/Huber, Wolfgang, Was heißt Friedensforschung? München: Klett/Kösel, 33, 44, 50 ff.
- *Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hg.)* 1995: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin: Ch. Links Verlag.
- *Raiser, Konrad/Schmitthenner Ulrich (Hg.)* 2013: Ein ökumenischer Aufruf zum Gerechten Frieden. Begleitdokument des Ökumenischen Rates der Kirchen. 2. Auflage. Münster: LIT-Verlag.
- *Senghaas Dieter (Hg.)* 1971: Kritische Friedensforschung. Frankfurt a.M.: edition suhrkamp.
- *Streußhoff, Hans/Friedrich, Horst/Bellmann, Reinart/Fiedler, Frank/Richter, Friedrich/Ruhnnow, Martin/Steiniger, Herbert (Herausgeberkollektiv)* 1988: Dialektischer und historischer Materialismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, 15. überarb. Aufl., Berlin (Ost): Dietz.
- *Synode der BEK* 1994: Beschluss der 1. Tagung der VI. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Berlin vom 25.2.1990 „Zum weiteren Weg unserer Kirchen“. In: Demke, Christoph/ Falkenau Manfred/Zeddies, Helmut (Hg.) 1994: Zwischen Anpassung und Verweigerung. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt, 123 – 126.

